13. Oktober 2023

Omid Nouripour, Co-Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon ist nun Omid Nouripour. Er ist einer von zwei Vorsitzenden der Grünen. Guten Morgen, Herr Nouripour.

Omid Nouripour: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Wir haben es gerade gehört: Israel ruft zur Evakuierung des Nordens des Gazastreifens auf. Wie lesen Sie das?

Nouripour: Das ist wahrscheinlich die Vorbereitung auf eine Bodenoffensive, oder aber auch auf größere Angriffe. Das Ziel der israelischen Streitkräfte ist ja die Zerstörung der Infrastruktur und der Kapazitäten der Hamas. Damit – sollte morgen der Krieg vorbei sein, was leider nicht der Fall sein wird – nicht vier Wochen später alles von vorne beginnt, und sie warnen nun die Zivilbevölkerung, damit sie möglichst nicht zwischen die Fronten gerät.

Engels: Die Vereinten Nationen und internationale Organisationen, sogar auch die NATO, sehen das Selbstverteidigungsrecht Israels sehr klar. Sie rufen aber bei den Schlägen gegen die Hamas zur Verhältnismäßigkeit auf. Ist das im Moment gegeben?

Nouripour: Ich habe bisher nichts Gegenteiliges gesehen. Im Gegenteil! Sie versuchen zu warnen. Sie versuchen, auch gemeinsam mit anderen Partnerstaaten Vermittlung zu suchen, damit es Korridore gibt, damit Frauen, Kinder, Schutzbedürftige raus können. Das Selbstverteidigungsrecht Israels, verbunden mit der Pflicht der Regierung, die eigenen Leute zu schützen, hängt auch an der Verhältnismäßigkeit – und Israel ist eine Demokratie. Dementsprechend gehe ich davon aus, dass das auch innerhalb von Israel immer wieder diskutiert wird. Es gibt jetzt eine Regierung der nationalen Einheit, wo es sehr viele Leute gibt, von denen man weiß, dass sie gerne sehr, sehr massiv darauf drängen, dass das internationale Recht eingehalten wird.

Engels: In Israel wird auch diskutiert, wie die vollständige Abriegelung des Gazastreifens jetzt zu sehen ist. Das schließt ja auch die Kappung der Wasser- und Stromversorgung ein. Wie nehmen Sie diesen Schritt wahr?

Nouripour: Es ist notwendig, auf die Hamas Druck zu machen, und es ist notwendig zu schauen, wie man das in Balance hält mit dem Notwendigsten für die Zivilbevölkerung. Es gibt international eine Reihe von Gesprächen mit den Mächten, die möglicherweise irgendwie Einfluss nehmen können auf die Hamas, damit man dort miteinander vorankommt. Wir reden über hunderte von Geiseln, die gerade dort festgehalten werden, die teilweise vorgeführt worden sind, auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Und in dieser Situation verstehe ich sehr wohl die klare Entschlossenheit des Staates Israel, sich zu schützen, und natürlich werden sie mit möglichst größter Umsicht darauf achten, dass nicht Unschuldige zu Schaden kommen. Aber es ist gerade auch im Beitrag gesagt worden, die Hamas nimmt die eigene Bevölkerung, nicht nur die Geiseln, sondern auch die Palästinenser als menschliche Schutzschilde, und das verkompliziert natürlich die Lage.

Engels: Außenministerin Annalena Baerbock reist heute nach Israel und Bundeskanzler Scholz hat gestern in seiner Regierungserklärung einmal mehr erklärt, Deutschland stehe nach diesem beispiellosen Terrorangriff durch die Hamas an der Seite Israels. Was heißt das nun in konkretem Handeln? Die Rede ist auch davon, dass möglicherweise Drohnen und Marinemunition geliefert werden könnten.

Nouripour: Israel ist das einzige Land auf der Welt, das seit 75 Jahren es sich nicht leisten kann, seiner Nachbarschaft militärisch unterlegen zu sein. Deshalb gibt es sehr lange schon auch eine Sicherheitskooperation und natürlich wird die jeden Tag geprüft auf Notwendigkeiten, auf Bedarfe und Bedürfnisse. Und natürlich nimmt die Außenministerin auch diese Frage mit, und die israelischen Freunde werden formulieren, was sie brauchen, und wir werden schauen, ob wir ihnen helfen. Das gilt aber nicht nur für Deutschland, das gilt nicht nur für die USA; das gilt für die gesamte westliche Allianz und ist auch richtig so.

Engels: Das heißt, diese Lieferungen, die in Rede stehen, wenn sie angefragt werden, nach Drohnen, nach Marinemunition, das findet auch Ihre Zustimmung, das zu liefern?

Nouripour: Ich glaube, in dem Augenblick, in dem es nicht um einen Terrorangriff auf Israel geht, was schlimm genug ist, sondern um so was wie internationale Kriegsführung – wir haben die Hisbollah im Libanon, die jetzt immer wieder stärker eingreift; wir haben Stellungen

aus Syrien, die draufschießen; wir haben eine iranische Koordination -, dass in dem Augenblick man natürlich schauen muss, dass man hilft mit dem, was man hat. Es geht wirklich um die Existenz des Staates Israel und wenn man sich anschaut, was die Kernmotivation der Hamas ist, da geht es wirklich um die Vernichtung jüdischen Lebens. Wenn das nicht verpflichtet, dann gibt es nicht mehr viel Konstitutives für uns als demokratische Kräfte nicht nur in Deutschland.

Engels: Vor diesem Hintergrund, was die Hamas mit der Vernichtung Israels anstrebt, stellt sich für viele Beobachter die Frage: Jetzt soll es ein Betätigungsverbot für die Hamas in Deutschland geben. Warum denn erst jetzt? Was könnte denn dort noch an Betätigung gehen?

Nouripour: Verboten ist die Hamas ja schon längst und es ist gut, dass das jetzt passiert. Es ist überfällig gewesen – und das ist nicht überfällig gewesen die letzten zwei Jahre, sondern, ehrlich gesagt, seit Gründung der Hamas.

Engels: Aber was ist denn der Unterschied zwischen dem Verbot der Organisation und jetzt diesem Betätigungsverbot? Das fragen sich viele.

Nouripour: Die Hamas hat ja keinen Rechtsstatus als eingetragener Verein. Das gilt für einige Organisationen beziehungsweise Netzwerke oder Bewegungen, die sich nicht beim Amtsgericht eintragen lassen. Das gab es auch schon mal in Deutschland, das ist ja das Bizarre. Sondern es geht darum, dass die herumgehen, Spenden sammeln, versuchen, Leute zu akquirieren und Propaganda schlimmster Art zu verteilen. Jetzt ist auch Arbeiten in die Richtung ohne Rechtsverfasstheit verboten und das war, wie gesagt, überfällig, und zwar schon länger.

Engels: Spenden sammeln soll nun auch stärker untersagt werden oder unterbunden werden. Nun wird in Deutschland auch viel diskutiert, wie man einerseits humanitär Palästinensern helfen kann und zugleich verhindern kann, dass auch über öffentliche Hilfsgelder oder auch den Umweg der UNO für die Palästinenser auf Umwegen doch die Hamas erreicht wird mit unterstützenden Geldern. Wie sollte die Ampel-Koalition hier vorgehen?

Nouripour: Erstens wird jeder Cent darüber geprüft, immer wieder und jetzt erst recht – und wir reden nicht nur über Entwicklungszusammenarbeit, wir reden vor allem über humanitäre Hilfe. Wir reden über das Geld, was auch dafür ausgegeben werden muss, damit die Leute

Essen und Trinken haben und eine Mindestgrundlage fürs Überleben. Genau dafür geht das Geld an die Vereinten Nationen. Es gab in den letzten Jahren immer wieder Situationen, wo man auch nachbessern musste, nacheingreifen musste, um darauf hinzuweisen, dass es doch nicht sein kann, dass in den Schulbüchern minutiös geschrieben wird für palästinensische Kinder, wie man Steine auf Soldaten wirft. Da ist vieles verbessert worden. Es gibt immer wieder Risse und das muss weitergehen. Aber ich möchte wirklich davor warnen zu glauben, weil man Jordanien kein Geld mehr gibt für die Versorgung der Palästinenser, dass die Hamas dadurch in der gesamten Region schwächer wird. Im Gegenteil! Die humanitäre Hilfe ist etwas, was im gegebenen Fall, wenn es richtig fließt – und darauf muss man immer wieder minutiös und detailgetreu achten –, dass ohne humanitäre Hilfe es nicht besser wird.

Engels: Gestern hat Bundeskanzler Scholz direkt den Iran für den Angriff der Hamas mitverantwortlich gemacht. Sollte hier nun das Atomabkommen endlich auf Eis gelegt werden und weitere Sanktionen gegen Teheran folgen?

Nouripour: Das Atomabkommen ist auf Eis und weitere Sanktionen sind angestrebt. Wir haben gestern einstimmig im Deutschen Bundestag noch einmal bekräftigt, was Annalena Baerbock vor über einem Jahr schon gesagt hat und was wir auch als Partei immer wieder forciert haben, als Grüne: Nämlich dass die Revolutionsgarden – das ist so etwas wie das Rückgrat der Repressionen und der terroristischen Unterstützung des Irans – auf die Terrorliste der Europäischen Union gehören, und dieses Bestreben ist immer wieder auch von der Bundesregierung, von der Außenministerin in Brüssel vorgetragen worden. Ich hoffe, dass die Geschehnisse in Israel jetzt endlich mehr Möglichkeiten dafür schaffen, damit es auch eine einstimmige Beschlusslage dazu gibt in der Europäischen Union.

Engels: Iran als Unterstützer der Hamas wird hart angegangen. Aber der Emir von Katar, der hohe Hamas-Funktionäre in seinem Land beherbergt und dessen Land die Hamas seit Jahren mitfinanziert, wird vom Kanzler gestern empfangen. Nun wird immer gesagt, Katar wird als Vermittler gebraucht, aber es ist doch schwer zu begreifen, wie das zusammenpasst.

Nouripour: Wir haben es auf der einen Seite mit Katar, mit einem Staat zu tun, der sehr viel Geld fließen lässt in die sogenannte Muslimbruderschaft. Die Hamas ist eine Organisation dessen. Die gibt es auch in Ägypten, in der Türkei und an anderen Orten. Es fließt sehr viel katarisches Geld in dieses Netzwerk.

Wir haben gleichzeitig nicht besonders viele Mächte, die Einfluss auf die Hamas nehmen und die Verbindungen haben und die die Gespräche führen. Wenn wir jetzt beispielsweise

die Geiseln aus Gaza rausholen wollen – und das sollten wir alle wollen; das sind verzweifelte Leute in einer sehr, sehr prekären Lage -, dann werden wir alle Drähte anzapfen müssen, um zu helfen, um diese Leute endlich in Freiheit zu bekommen. Katar ist ein Draht, den man anzapfen muss. Deshalb finde ich es richtig, dass der Bundeskanzler gestern den Emir empfangen hat und dabei auch noch die notwendigen kritischen Worte gefunden hat.

Engels: Herr Nouripour, dann müssen wir von der Außenpolitik noch einmal in die Innenpolitik wechseln zum Stichwort Migration – müssen noch kurz über die angestrebte Verschärfung der Asylpolitik sprechen, wie sie die Ampel-Regierung plant. Ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber sollen nach den Plänen der Bundesregierung vor der Abschiebung häufiger ohne Vorwarnung in Gewahrsam genommen werden können. Die Behörden dürfen umfassender nach ihnen suchen. Trägt Ihre Partei das in voller Breite mit oder zerreißt es da die Grünen?

Nouripour: Wir haben ein gesamtes Paket jetzt auf dem Tisch. Das ist im Übrigen im größten Teil vor allem die Frage, wie man die Leute schneller auf den Arbeitsmarkt bringen kann. Das ist überfällig, gerade in der Situation, in der es so viele Arbeits- und Fachkräfte gibt, die fehlen, und in der es niemand mehr versteht, wenn eine Krankenschwester nicht arbeiten kann, während in der Pflegeeinrichtung um die Ecke Leute fehlen. Wir haben aber auch zum Thema Rückführungen einiges auf dem Tisch und das werden wir uns sehr genau anschauen im Sinne der notwendigen rechtlichen Konformität. Aber natürlich auch im Sinne, dass Humanität und Ordnung dort zusammengebracht werden muss. Dann werden wir darüber miteinander beraten und bewerten. Aber wir sehen ja, dass die Belastungsgrenze zunehmend bei vielen Kommunen erreicht ist. Es fehlt nicht nur Geld, sondern es fehlt auch Personal, es fehlt Wohnraum und es braucht eine Verlässlichkeit, dass wir deutlich mehr steuern können. Das gesamte Paket an und für sich ist ein Baustein dazu; es braucht noch mehr.

Engels: Organisationen wie Pro Asyl, mit denen die Grünen früher in ganz vielen Bereichen übereinstimmten, nennen die Vorschläge aber unredlich, sowohl Menschen, die nichts verbrochen haben, festzusetzen, als auch die Idee, künftig die staatliche Unterstützung nicht als Geld-, sondern vielleicht als Sachleistung stärker auszugeben. Ist das der endgültige Bruch mit dieser engen Übereinstimmung zwischen Grünen und den Asylverbänden?

Nouripour: Gerade bei dieser Sachleistungsdebatte sieht man das ja. Die Sachleistungen statt Bargeld sind derzeit schon möglich. Das bayerische Innenministerium – die sind, glaube ich, nicht dafür bekannt, dass sie alle grüne Mäntelchen tragen – sagt selbst, es wird ohne Bargeld komplett gar nicht gehen. Es gibt Leute, die haben Kinder; diese Kinder haben

Schulflohmärkte, da kann man nicht einfach hingehen und mit Sachleistungen tauschen, da braucht man auch mal Geld. Und wir haben vor allem Kommunen, bei denen Personal fehlt und die mich fragen, wo soll ich denn die herkriegen, damit die auch noch bestimmte Güter einkaufen, lagern und verteilen.

Was jetzt steht ist, es kann einen Vorrang geben. Die Kommunen sollen sich anschauen, ob es funktioniert oder nicht funktioniert. Ich finde, das ist genau der richtige Weg. Die Kommunen sollen selbst entscheiden, was für sie richtig ist. Ich sehe nicht besonders viele, die überhaupt imstande sind, die Frage der Umstellung auf Sachleistungen zu erbringen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.